

**PROTOKOLL**

**der 8. Sitzung des Sozialausschusses vom 03.03.2010**

Beginn der Sitzung: 17.00 Uhr  
Sitzungsort: Neues Rathaus, Raum 8

Ende der Sitzung: 20.35 Uhr

**Anwesenheit Sozialausschuss 03.03.2010**

Mitglieder des Ausschusses	anwesend	abwesend	
		entschuldigt	unentschuldigt
<b>Stimmberechtigte Mitglieder</b>			
Herr Klaus Lamprecht (i.V. des Oberbürgermeisters)	x		
Frau Ina Leukefeld	x		
Frau Ingrid Mitschke	x		
Herr Lothar Denner	x		
Herr Dieter Lämmerzahl	x		
Frau Bärbel Strauch	x		
Frau Judith Csutorka	x		
Frau Manuela Habelt (ab 17.05 Uhr)	x		
Herr Dr. Manfred Hardt	x		
Herr Michael Spörer		x	
<b>Mitglieder mit beratender Stimme</b>			
Herr Thomas Koch	x		
Frau Bianca Conrad (i.V. des Herrn Jürgen Arfmann)	x		
Frau Sarina Schünemann	x		
Frau Angelika Hellmann		x	
Herr Lutz Stiehler			x
<b>Sachkundige Bürger</b>			
Frau Elisabeth Pfestorf	x		
Herr Lars Jähne	x		
Herr Rüdiger Müller	x		
Herr Daniel Mentzel		x	
Frau Gundula Herzfeld	x		
Frau Petra Kämmerzähl		x	
<b>Ständige Teilnehmer</b>			
Herr Jan Turczynski	x		
Herr Dietmar Behrendt	x		

**Feststellung der Beschlussfähigkeit des Ausschusses:**

Von 10 stimmberechtigten Mitgliedern sind 8, ab 17.05 Uhr 9 anwesend,  
von 5 beratenden Mitgliedern sind 3 Mitglieder anwesend,  
von 6 sachkundigen Bürgern sind 4 anwesend.  
Damit ist der Sozialausschuss beschlussfähig.

**A) Nichtöffentlicher Teil**

**B) Öffentlicher Teil**

*(Frau Habelt nimmt ab 17.05 Uhr an der Sitzung teil, damit sind 9 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend)*

**TOP 2. Bürgerfragestunde**

Es gibt keine Bürgeranfragen.

**TOP 3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 02.02.2010**

Abstimmung über das Protokoll:                   8     Ja-Stimmen  
  0     Nein-Stimmen  
  1     Enthaltung

von 9 stimmberechtigten Mitgliedern des Sozialausschusses.

Damit ist das Protokoll der Sitzung vom 02.02.2010 bestätigt (Beschluss-Nr. SA 04/10).

**TOP 4. Information zur Arbeit des Frauenbeirates der Stadt Suhl**  
(Gäste: Frau Schwalbe, Vorsitzende des Frauenbeirates, Frau Wehner)

Frau Schwalbe informiert, dass der Frauenbeirat im Oktober 2009 neu gewählt wurde. Die Aktivitäten umfassen sehr viele Bereiche wie Familie, Kinder, Beruf u.a. Sie nennt einige Themenkomplexe, mit denen sich der Frauenbeirat in der Vergangenheit beschäftigt hat bzw. in denen er sich engagiert, z.B. Arbeit und Fortbildung, Betreuungsangebote für Kinder und Familien, Frauen- und Kinderarmut, Arbeitslosigkeit, Aktionen gegen Gewalt und Rechtsextremismus, Stadtentwicklung.

Besondere Aktionen waren die Erstellung eines Frauenwegweisers für die Stadt Suhl, die Teilnahme an verschiedenen Veranstaltungen.

Der Frauenbeirat arbeitet eng mit Vereinen und Verbänden, mit der Volkshochschule, mit Parteien, mit dem Familienzentrum, mit den in Suhl bestehenden Netzwerken sowie mit den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen zusammen.

Tätigkeitsschwerpunkte sind die jährlich stattfindenden Frauenaktionstage, die der Frauenbeirat maßgeblich mit organisiert, die interkulturelle Woche mit Veranstaltungen zur Integration von ausländischen Mitbürgern, das Projekt „Stolpersteine“, der internationale Gedenktag „Nein zu Gewalt an Frauen“, Veranstaltungen zum Frauentag.

Der Frauenbeirat arbeitet ebenso in den Arbeitskreisen „Wohnungsmarkt/Stadtstruktur“ und „Gemeinbedarfseinrichtungen“ im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes mit.

Mögliche Verbesserungen in der Arbeit des Frauenbeirates werden u.a. in der Gewinnung von mehr Frauen für eine Mitarbeit, bei der Einbeziehung in das Bündnis für Familie, bei der Errichtung eines Frauentreffs im Stadtzentrum und bei der Gestaltung der finanziellen Situation der Stadt gesehen.

Frau Mitschke weist darauf hin, dass eine engere Mitarbeit im Bündnis für Familie kein Problem sein dürfte.

Frau Leukefeld betont, dass es wichtig ist, die bestehenden Angebote für Frauen über den Frauenbeirat noch mehr zu vernetzen.

Herr Lämmerzahl fragt, ob es bestimmte Zielgruppen für die Arbeit des Frauenbeirates gibt.

Frau Schwalbe informiert, dass alle Bevölkerungsgruppen vertreten sind.

Herr Müller fragt nach den Vorstellungen für einen Frauentreff im Stadtzentrum und den Erwartungen an die Stadt.

Frau Schwalbe antwortet, dass es noch keine konkreten Vorstellungen gibt, zumindest soll jedoch die Frauenbibliothek, die sich in der „Insel“ befindet, mit einbezogen werden.

Frau Leukefeld informiert über das ehemalige Frauenzentrum, das auch eine Frauenbibliothek beinhaltete, die im Zuge der Schließung des Frauenzentrums an die „Insel“ übergeben wurde. Sie findet die Idee eines Frauentreffs gut, regt aber an, aus finanziellen Gründen die Zusammenarbeit mit anderen Vereinen zu suchen.

Dem stimmt Herr Lamprecht zu und ergänzt, dass eine Möglichkeit die Zusammenarbeit mit der Stadtbibliothek wäre oder mit anderen Einrichtungen im Stadtzentrum.

Frau Wehner weist darauf hin, dass sich der Frauentreff nicht auf die Frauenbibliothek reduzieren soll, vielmehr gehe es um die Schaffung einer Anlaufstelle für Frauen.

Frau Leukefeld fragt nach den aktuellen Zahlen bei der Nutzung des Frauenhauses durch Suhler Frauen. Herr Turczynski wird entsprechende Angaben nachreichen.

**TOP 5. Information und Diskussion zum Sozialpass in der Stadt Suhl**  
(Gäste: Frau Schulze, Geschäftsführerin CCS; Herr Smolka, Städtische Nahverkehrsgesellschaft - SNG)

Frau Leukefeld erläutert, dass es Ziel der Diskussion ist, nach Möglichkeiten der besseren Einbeziehung von einkommensschwachen Bürgern und deren Familien in das gesellschaftliche Leben zu suchen.

Herr Lamprecht informiert, dass der Sozialpass noch existiert und auch viele Vergünstigungen bietet, seine Attraktivität fiel jedoch mit dem Wegfall des Sozialtickets der SNG.

Herr Turczynski ergänzt, dass in 2009 nur 1 neuer Sozialpass ausgestellt wurde. Die gewährten Vergünstigungen gibt es jedoch auch ohne Sozialpass, z.B. durch die Vorlage entsprechender Leistungsbescheide.

Frau Schulze informiert, dass es beim Ottilienbad bereits einige Vergünstigungen und Rabatte gibt. Wenn es gewünscht wird, kann es auch Vergünstigungen für Sozialpassinhaber geben, wobei sich jedoch die Frage der praktischen Umsetzung stellt. Sie könnte sich vorstellen, dass der Stadt eine gewisse Anzahl von Eintrittskarten zur Verfügung gestellt wird, die dann an Sozialpassinhaber weitergegeben werden. Dann müsse jedoch auch über die Finanzierung gesprochen werden, eine alleinige Finanzierung durch das CCS wird nicht angestrebt.

Dem stimmt auch Herr Smolka zu, indem er die grundsätzliche Bereitschaft zur Ausgabe von Sozialtickets signalisiert, wenn die entsprechende Finanzierung geklärt ist.

Herr Koch fragt, ob nach dem Wegfall der Sozialtickets die Fahrgastzahlen zurückgegangen sind.

Herr Smolka antwortet, dass man dies nicht so einschätzen kann. Er weist aber darauf hin, dass Ermäßigungen nicht unbedingt zu Mehrnutzungen führen, eher bekommen die bestehenden Nutzer nun Vergünstigungen.

Dies bestätigt auch Frau Schulze und ergänzt, dass selbst die preiswertesten Angebote nicht immer am meisten genutzt werden.

Frau Leukefeld betont nochmals, dass es das Ziel ist, Armut zu bekämpfen, so dass Angebote der Stadt den betroffenen Bevölkerungsgruppen nicht aus finanziellen Gründen verschlossen bleiben.

Herr Denner meint, dass es die wichtigste Aufgabe sei, Möglichkeiten für arme Kinder zu schaffen, dabei müssen beide Seiten einen Beitrag leisten. Er regt an, die finanziellen Auswirkungen mal ein viertel Jahr lang zu testen.

Herr Müller schlägt vor, bei Veranstaltungen nicht verkaufte Karten an bedürftige Personen weiterzugeben.

Frau Schulze entgegnet, dass die Veranstalter das nicht machen, das CCS erhält jeweils eine begrenzte Anzahl an Karten zur freien Verfügung, die dann oft an Vereine weitergegeben werden.

*Herr Denner verlässt um 18.35 Uhr die Sitzung, damit sind noch 8 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend).*

Herr Dr. Hardt betont, dass Ermäßigungen immer auch finanziert werden müssen. Dies ist zur Zeit kaum lösbar oder nur durch Kürzungen an anderer Stelle oder durch Schulden möglich. Ziel sollte es vielmehr sein, die Hauptprobleme anzugehen und z.B. mehr in Bildung zu investieren.

Frau Habelt regt an, vielleicht eine Familienkarte einzuführen.

Herr Lamprecht meint, dass man dazu Überlegungen anstellen könnte.

Frau Leukefeld bemerkt abschließend, dass dies ein laufender Diskussionsprozess ist. In vielen Städten gebe es bereits entsprechende Satzungen. Sie sei sich aber auch bewusst, dass dies immer finanzielle Konsequenzen hat. Das grundsätzliche Ziel soll weiter verfolgt werden.

*(Frau Czutorka verlässt um 18.50 Uhr die Sitzung, damit sind noch 7 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend).*

**TOP 6. Information und Diskussion zum Stand der Umsetzung des SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) in der Stadt Suhl**  
(Gast: Herr Grauling, Geschäftsführer der ARGE)

Herr Grauling erläutert die bereits mit der Einladung übergebenen statistischen Angaben. Er bemerkt, dass bei den Ausgaben Reduzierungen erreicht wurden, bei den Integrationen sind die Ergebnisse unter den Zielen geblieben.

Schwerpunkte der Eingliederungsmaßnahmen waren die Integration von Jugendlichen unter 25 Jahren sowie der Beschäftigungspakt Perspektive 50plus AGIL (Ältere gehen in Lohn).

Bei Maßnahmen auf dem zweiten Arbeitsmarkt wurden insgesamt 440 Teilnehmer in 109 Maßnahmen gefördert.

Er stellt weiter fest, dass bei den ca. 35.000 Bescheiden, die in 2009 erlassen wurden, 702 Widersprüche, 96 Klagen und 11 einstweilige Rechtsschutzverfahren erhoben wurden.

Herr Dr. Hardt fragt, ob bei den Statistiken der Bevölkerungsrückgang entsprechend eingearbeitet wurde.

Herr Lamprecht bejaht dies und stellt fest, dass z.B. der Rückgang der Arbeitslosenzahlen größer ist als der Rückgang der Bevölkerungszahlen.

Herr Dr. Hardt fragt weiter, welche Bedeutung der Begriff Integration hat.

Herr Grauling erläutert, dass eine Person integriert ist, wenn sie für mindestens 7 Tage komplett aus dem Leistungsbezug ausscheidet, also auch keine Förderung über Maßnahmen mehr erhält.

Weiter regt Herr Dr. Hardt an zu beobachten, ob bei flexibleren Öffnungszeiten von Kindertagesstätten sich bessere Vermittlungschancen für Mütter mit kleineren Kindern ergeben.

Herr Grauling entgegnet, dass die kaum auftreten dürfte, da die ARGE bei Bedarf an Kinderbetreuung diese auch organisiert und fördert.

Herr Müller fragt nach der Problematik der so genannten „Aufstocker“.

Herr Grauling erläutert, dass hierunter diejenigen Personen zu verstehen sind, die erwerbstätig sind und ergänzend Leistungsansprüche haben. Dies sind ca. 1.100 Personen in der Stadt Suhl, davon sind ca. 470 sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Frau Pfestorf fragt nach den Trends im Vergleich zum letzten Bericht bei Jugendlichen, nach den arbeitslosen Studienabgängern und nach den Eingliederungschancen nach 1-€-Jobs.

Herr Grauling informiert, dass seit dem letzten Bericht ein positiver Trend zu verzeichnen ist, auch verursacht durch die niedrigeren Schulabgängerzahlen. Bei Studienabgängern gebe es kaum Probleme, da die Vermittlungschancen mit höherem Bildungsabschluss zunehmen. Bei den Arbeitsgelegenheiten gebe es kaum Vermittlungschancen, da die betreffenden Träger über keine finanziellen Mittel verfügen, die Leistungsempfänger einzustellen.

Herr Koch erkundigt sich nach der Problematik von Personen mit Migrationshintergrund.

Herr Grauling erläutert, dass hier besonders sprachliche Probleme eine Rolle spielen. Die Anerkennung von Berufsabschlüssen hat sehr oft mit deren Anerkennung durch potentielle Arbeitgeber zu tun.

Frau Leukefeld fragt nach dem finanziellen Budget für das Jahr 2010.

Herr Grauling informiert, dass es bis jetzt noch keinen bestätigten Haushalt gibt. Es wird jedoch eingeschätzt, dass ca. 3,1 Mio € (2009: 3,8 Mio €) zur Verfügung stehen werden.

Frau Leukefeld lässt abschließend über die Teilnahme von Herrn Grauling an der Diskussion zu TOP 10 im nichtöffentlichen Teil abstimmen. (Ergebnis: 7 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen). Damit kann Herr Grauling zu TOP 10 anwesend sein.

**TOP 7. Beratung zum Antrag 5 der Fraktion Die Linke in der Sitzung des Stadtrates am 27.01.2010: „Durchführung einer Sozialkonferenz der Stadt Suhl im Herbst 2010“ (Geschäftsordnungsantrag Nr. 5/2010)**

Herr Lamprecht schlägt in Abstimmung mit Frau Leukefeld vor, eine Arbeitsgruppe des Ausschusses zu bilden, die ein Konzept für die Durchführung der Sozialkonferenz erarbeitet und dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorlegt. Zunächst müsse jedoch auch über den Inhalt und den Umfang der Konferenz gesprochen werden.

Frau Leukefeld fasst den Inhalt des Antrages zusammen, wonach es darum geht, dass bisher Erreichte darzustellen, daraus abzuleiten, welche Aufgaben für die Zukunft anstehen und eine entsprechende Diskussion darüber zu führen. Als Referenten könnte sie Dr. Gutsche gewinnen, die Teilnehmer sollten noch festgelegt werden.

Herr Lamprecht betont, dass es darum geht, in welchem Umfang und mit welchen Inhalten diese Veranstaltung stattfinden soll. Es sollten Schwerpunkte festgelegt werden, zu denen ein Grundsatzreferat gehalten und anschließend eine Diskussion geführt werden sollte.

Herr Lämmerzahl hält den Begriff einer „Konferenz“ für ungeeignet. Es sollte ein Thema mit entsprechender Diskussion festgelegt werden.

Frau Leukefeld erläutert, dass es um das Thema „Armut“ gehen soll. Als Veranstaltungsort könne der Oberrathaussaal genutzt werden. Man könnte dies auch im Rahmen einer erweiterten Ausschusssitzung durchführen. Es geht hier erst mal um das Prinzip, ob eine solche Veranstaltung gewollt ist und wer diese vorbereitet.

Herr Lamprecht ergänzt, dass der Begriff zweitrangig ist, es muss entschieden werden ob eine solche Veranstaltung überhaupt stattfinden soll, um weitere Vorbereitungen zu treffen.

Auch Herr Müller ist der Meinung, die Thematik einzugrenzen und z.B. Projektmaßnahmen anderer Städte mit vorzustellen.

Frau Leukefeld weist noch mal auf die anstehende Entscheidung hin, ob die Veranstaltung prinzipiell gewollt ist und wer in der Vorbereitungs-Arbeitsgruppe mitarbeitet.

Der Durchführung einer solchen Veranstaltung wird vorbehaltlich des noch vorzulegenden Konzepts zugestimmt, in der Arbeitsgruppe arbeiten mit: Herr Lamprecht, Frau Leukefeld, Frau Habelt, Herr Koch, Herr Jähne.

**TOP 8. Beratung zum Antrag 8 der Fraktion der CDU in der Sitzung des Stadtrates am 27.01.2010: „Erfassung des Bedarfs für verlängerte Öffnungszeiten für die Kindertagesstätten in der Stadt Suhl“ (Geschäftsordnungsantrag Nr. 9/2010)**

Herr Lämmerzahl erläutert, dass der Antrag nicht auf verlängerte Öffnungszeiten abzielt, sondern den Zweck hat, den Bedarf hinsichtlich der Öffnungszeiten von Kindertagesstätten systematisch zu erfassen. Es habe schon einige Befragungen gegeben, die aber noch nicht so systematisch waren. Insbesondere geht es auch darum, den Bedarf aus Sicht der Arbeitgeber zu erfragen.

Herr Lamprecht bestätigt, dass diese Art der Befragung noch nicht durchgeführt wurde, dies sollte gemacht werden. Er werde den Entwurf eines entsprechenden Schreibens erarbeiten und im Ausschuss vorstellen oder mit der CDU-Fraktion abstimmen.

Dieser Verfahrensweise wird mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen zugestimmt.

*(Frau Mitschke und Herr Müller verlassen die Sitzung, damit sind noch 6 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend).*

**TOP 9. Anfragen und Anträge nach der Geschäftsordnung**

Frau Pfestorf stellt eine schriftliche Anfrage zu einem Fall der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, die schriftlich beantwortet wird.

Herr Koch bezieht sich auf die Problematik der Sachleistungen für Asylbewerber und kritisiert, dass diese zum Teil entwürdigend sind. Außerdem könnten Asylbewerber im Bedarfsfall z.B. keine Anwaltskosten aufbringen. Er fragt nach den Gestaltungsmöglichkeiten der Kommune.

Herr Turczynski informiert, dass dies gesetzlich geregelt ist. Es gebe verschiedene Stufen der Leistungsgewährung, die von verschiedenen Faktoren, u.a. auch von der Mitwirkung der Asylbewerber selbst, abhängig sind. Eine Abweichung vom Sachleistungsprinzip müsste durch das Landesverwaltungsamt genehmigt werden, es gebe also wenig Spielraum. Im übrigen treten in Suhl damit jedoch kaum Probleme auf.

**C) Nichtöffentlicher Teil**

Frau Leukefeld schließt die Sitzung um 20.35 Uhr.

Leukefeld  
Vorsitzende  
des Sozialausschusses

Behrendt  
verantw. Mitarbeiter  
für den Sozialausschuss